

Mat kloerem Bléck no vir.



- Orientéierungen fir eng modern Gemeng
- Ein Leitfaden zur Ausarbeitung der kommunalen CSV-Wahlprogramme (*)



(*) Dëse Pabeier ass een Outil de travail, baut op de Rahmenprogrammer vun de leeschte Joeren a soll Gedenkstéiss, Fröen a Grondwuerleeunge fir eis CSV Gemengepolitik sinn! Et ass e Fuedem fir d'Ausschaffe vun den CSV-Wahlprogrammer an den eenzele Gemengen.

Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen im vorliegenden Dokument beziehen sich auf Frauen und Männer. Aus Gründen der Textaufbereitung und graphischen Darstellung wurde jedoch auf die gleichzeitige Aufführung der weiblichen und männlichen Form verzichtet.

Zesumme mat de Bierger



Parallel zum Staat sind die Gemeinden die zweite Säule unseres demokratisch strukturierten Gemeinwesens. Kommunalpolitische Entscheidungen beeinflussen unmittelbar das Leben jedes Einzelnen und seiner Familie. Raumplanung und Urbanismus, Schulorganisation, das Zusammenleben der Generationen, von Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern, Soziales, Umweltschutz, Betriebsansiedlung ... die Liste der konkreten Herausforderungen, die sich in den Gemeinden stellen, ist lang.



Diese Herausforderungen können nur im gemeinsamen Gespräch mit den Bürgern gelöst werden. Das vorliegende Rahmenprogramm eignet sich zweifellos, um in den Monaten bis zum Wahlgang am 9. Oktober 2011 und darüber hinaus mit allen Bürgern das Gespräch zu suchen. Vor allem auch liefert das Rahmenprogramm mit seinen zahlreichen Denkanstößen einen wichtigen Grundlagentext für die lokalen CSV-Wahlprogramme.

Die Autoren des Rahmenprogramms sind für ihre sachbezogene und überlegte Arbeit zu beglückwünschen. Das Rahmenprogramm ist ein Wegweiser, wie die CSV und ihre Kandidaten in den Gemeinden zusammen mit den Bürgern das Beste für ihre Gemeinde erreichen wollen.

Marc Spautz
Generalsekretär

Michel Wolter
Parteipräsident

E kloere Kompass



Warum engagieren wir uns für unsere Gemeinde? Was wollen wir in sechs Jahren erreichen, verbessern, verändern? Auf diese Fragen kann nur ein Programm eine Antwort geben. Ein Programm, das die CSV-Kandidaten gemeinsam tragen und das von ihren Freunden vor Ort unterstützt wird.

Programme mögen nicht wahlentscheidend sein. Sicherlich muss Politik auch pragmatisch sein. Es lohnt sich kaum nach dem Motto zu verfahren: Meine Meinung steht fest, bitte verwirren sie mich nicht mit Tatsachen. Politik darf aber nicht beliebig sein. Sie muss sich aus Grundsätzen und Werten ableiten, die nicht zur Disposition stehen. Es gibt vielleicht keine schwarzen, blauen, roten oder grünen Bürgersteige. Es gibt aber wohl eine CSV-Methode, um politische Prioritäten festzulegen. Dieses Rahmenprogramm definiert unsere Methode.

Ein Programm verpflichtet nicht nur bis zum 9. Oktober, sondern für die kommenden sechs Jahre.

Dieser Leitfaden soll den Sektionen dabei helfen, ein gemeinsames Projekt zu erarbeiten, das zu ihrer Gemeinde passt, den Herausforderungen und den Erwartungen der Mitbürger gerecht wird.

Viel Spaß bis und viel Glück am 9. Oktober.

Laurent Zeimet

Stark a performant Gemengen



Das Rahmenprogramm für die Gemeindewahlen steht. Damit ist eine wichtige Vorbereitungsarbeit im Vorfeld der Gemeindewahlen erledigt. Das Dokument ist der Leitfaden für die einzelnen Wahlprogramme in den verschiedenen Gemeinden. Somit können wir in den einzelnen CSV Sektionen kohärente Programme erarbeiten und der Philosophie, Politik aus einem Guss zu gestalten, gerecht werden.

Wir stehen für eine moderne Gemeindepolitik. Unsere Politik ist nicht die Summe von Partikularinteressen. Unser politisches Handeln orientiert sich am Allgemeinwohl. Mit klarem Blick und klaren Visionen wollen wir in unseren Gemeinden neue Perspektiven schaffen. Natürlich wird sich dabei die Politik nach den Zeichen der Zeit richten, ohne dabei jedoch jeder Mode und jedem Trend nachzueifern.

Wir wollen die Gemeinden gestalten, und nicht einfach nur verwalten. Das Rahmenprogramm ist dabei Orientierung und Auftrag. Gefragt sind klare und eindeutige Ideen. Nicht romantische Vorsätze, sondern konkrete Vorschläge. Dafür steht das Rahmenprogramm, deshalb stellen wir dieses Dokument zu Verfügung.

Gilles Roth
Präsident der CSG

Mat kloerem Bléck no vir



So das Motto unseres Rahmenprogramms, ein Orientierungs- und Arbeitsdokument für unsere Sektionen, Kandidatinnen und Kandidaten zu den Gemeindewahlen. Bei der Ausarbeitung haben wir dabei nicht das Rad neu erfunden. In vielen Stunden, ohne viel Aufheben, doch mit viel Engagement haben verschiedene CSV-Gemeindepolitiker diesen Entwurf vorbereitet, beraten und schließlich fertiggestellt.

Das Produkt lässt sich zeigen. Die Sektionen, Kandidaten und Kandidatinnen können nun mit demselben Eifer ihre Programme festlegen. Das Rahmenprogramm erklärt die Grundphilosophie der CSV Kommunalpolitik, regt zum Nachdenken an und ist ein flotter Faden für die Denkarbeit in den Sektionen.

Gemeindepolitik ist spannend, besonders auch, weil sich vieles verändert hat, wirtschaftlich und sozial, gesellschaftlich und demografisch, aber auch infrastrukturell betrachtet. Dieser Wandel stellt die Gemeinde vor neue Herausforderungen, verbunden mit neuen Chancen die Aufgaben zu bewältigen und zu erledigen. Wir bauen dabei auf unsere bewährten Prinzipien und Idealen. Stichworte sind hier Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl, Leistung und Partnerschaft. Man kann auch sagen: Fairness, Gespräch, Dialog, Toleranz, Einsatz oder offenes Ohr und Zusammenarbeit.

Dafür steht unser Programm. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Paul Weimerskirch
Nationalsekretär der CSG

Die Gemeinde – Miteinander leben

Wir leben in unserer Gemeinde. Hier gestalten wir unseren Alltag, hier gehen unsere Kinder zur Schule, machen sie ihre ersten Erfahrungen, hier treffen wir unsere Nachbarn und Freunde, hier verbringen wir unseren Lebensabend. Eine Gemeinde, das sind vor allem die Menschen, die gemeinsam ein Zusammenleben gestalten.

Christlich-soziale Gemeinderäte wollen die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft und beruflicher Tätigkeit in ihrer Gemeinde, ihrem unmittelbaren Lebensumfeld für ihre Lebensqualität selbständig und selbstverantwortlich aktiv sein können.

Wir stehen zur kommunalen Autonomie. Dies setzt allerdings voraus, dass jede Gemeinde über die nötigen finanziellen Mittel verfügt und sich so organisiert, dass sie ihrem Auftrag und den Erwartungen der Bürger gerecht werden kann.

Wir wollen die lokale Demokratie in den nächsten sechs Jahren weiter stärken. Bürger sollen frühzeitig in die Planung von Infrastrukturen eingebunden werden. Vor allem in den Gemeinden besteht die Chance, die Modernisierung des Landes voranzutreiben. Global denken, lokal handeln, diese Maxime muss bei den Entscheidungen in den Kommunen berücksichtigt werden.

Wir müssen daher immer fragen: Welche Auswirkungen haben unsere lokalen Weichenstellungen auf unsere Mitmenschen? Wie können wir durch unser Handeln, die Welt – vor allem in unserem unmittelbaren Lebensbereich - ein Stück verbessern?

Jede Gemeinde ist eine Welt im Kleinen. Die Gemeinde bietet die Chance, das Zusammenleben von Generationen und Kulturen harmonisch zu gestalten. Wir wollen Gemeinden, wo jung und alt sich verstehen, wo alle, ob Luxemburger oder Nicht-Luxemburger als gleichwertige Partner gesehen werden, wo Kinder und Erwachsene zusammenleben und sich wohlfühlen, wo Partnerschaft und Toleranz groß geschrieben werden, wo der Menschen mit Behinderungen ihren Platz haben, wo parteiübergreifende Zusammenarbeit als Selbstverständlichkeit gesehen wird. Wir wollen Gemeinden, wo das harmonische Miteinander erlebbar und spürbar ist.

In den kommenden Jahren stehen unsere Gemeinden vor zahlreichen Herausforderungen, wie zum Beispiel: Das hohe Verkehrsaufkommen, die Verbesserung der Infrastrukturen, der Bevölkerungszuwachs, der demografische Wandel der Ausbau von speziellen Dienstleistungen. Diese Aufgaben müssen auch in Zeiten angespannter öffentlicher Finanzen gemeistert werden. Christlich-soziale Gemeinderäte gründen ihr Engagement auf festen Werten, sie verfolgen eine konsequente Politik auf nationaler und lokaler Ebene und sie machen sich in ihren Gemeinden für eine nachhaltig positive Entwicklung der Lebensqualität aller Bürger und Bürgerinnen.

Wir stellen uns diesen Herausforderungen und werden laufend entsprechende Zukunftsperspektiven entwickeln und vorgelegen, die letztlich auch realisierbar sind. Die Ausarbeitung von Stadt- oder Gemeindeentwicklungsplänen, die Erstellung kommunaler Verkehrskonzepte oder die Überarbeitung der Bebauungspläne sowie der Bautenreglemente sind diesbezüglich wichtige und notwendige Schritte.

CSV: Politik aus engem Goss

Unsere Politik in den Kommunen / Gemeinden orientiert sich an den Vorgaben, Werten und Leitsätzen des CSV-Grundsatzprogramms „Jidder Eenzelen zielt“.

Unsere Politik in den Kommunen / Gemeinden ergänzt die christlich-soziale Landespolitik, wie sie im Wahlprogramm von 2009 für die laufende Legislaturperiode definiert wurde.

Lokale kommunalpolitische Programme der CSV stehen daher im Einklang mit dem Grundsatzprogramm und dem Wahlprogramm und werden laufend angeglichen.

Die CSV-Gemeinderäte verpflichten sich, ihren Beitrag zur Erreichung der christlich-sozialen Zielsetzungen zu leisten. Die nationale CSV verpflichtet sich, die CSV-Gemeinderäte bei der Ausarbeitung und Konkretisierung ihrer nationalen Ziele einzubinden, ihre Vorschläge zu berücksichtigen und bei der Umsetzung auf Gemeindeebene nach besten Kräften zu unterstützen.

Wir verfolgen gemeinsam eine Politik aus einem Guss.



1. E kloere Kompass

Leitsätze christlich-sozialer Kommunalpolitik

Fairer Dialog, konstruktive Zusammenarbeit, globales Denken und Handeln, ein offenes Ohr haben und Verständnis zeigen, sind gleichermaßen Auftrag für Majorität und Opposition in der Gemeinde.

Kleinkriege oder persönliche Unterstellungen, Diffamieren sowie einseitiges Ausnützen und Übervorteilen sind fehl am Platz. Es gilt, gemeinsam mitzuhelfen, die Lebensqualität einer Gemeinde zu verbessern.

Wenn demokratisch gewählte politisch Verantwortliche im Gemeinderat, gemeinsam mit den Bürgern, den Vereinen und den verschiedenen Gruppen versuchen, harmonisch zusammenzuarbeiten und versuchen, Interessenskonflikte im Gespräch auf konstruktive Weise zu klären und in gegenseitiger Achtung zu bewältigen, dann zeigt sich, dass über alle Grenzen hinweg das gemeinsame Wohl im Vordergrund steht. Und nur dieses Miteinander und diese Zusammenarbeit führen zum Erfolg aller Bewohner und aller Gruppen.

2011 ist das Jahr des Ehrenamts: Gemeinderat sein, ist ein besonderes Ehrenamt.

Menschen erklären sich bereit, in ihrer Gemeinde für sechs Jahre Verantwortung zu übernehmen. Christlich-soziale Gemeinderäte stellen hohe Ansprüche an sich selbst, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Unsere Werte geben Orientierung zur Entscheidungsfindung im politischen Alltag. Wir versuchen immer wieder unseren Ansprüchen gerecht zu werden, und werden uns darum redlich bemühen. Tag für Tag, ob in der Mehrheit oder in der Opposition. Wir wollen uns bemühen, unser Bestes geben. Für unsere Mitbürger. Für unsere Gemeinde. Entscheidungen, Maßnahmen oder Lösungen für bestimmte Probleme brauchen oft den Konsens. Darum bemühen wir uns.

Christlich-soziale Gemeinderäte kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Frauen und Männer. Luxemburger und Ausländer. Wir treten in 43 (44) Proporzgemeinden an, 43 Programme sind durch gemeinsame Werte und Ziele verbunden. Unsere Entscheidungen auf lokaler Ebene fußen auf christlich-sozialen Überzeugungen, die auch in der nationalen Ebene der CSV zu sehen sind.

- Für uns ist Politik ein Dienst am Mitmenschen. Wir unterscheiden nicht nach Herkunft, Nationalität, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Jeder Mensch hat Stärken und Schwächen. Wir versuchen jeden nach seinen Möglichkeiten in das Gemeinschaftsleben einzubinden.
- Jeder soll seine persönliche Freiheit in Verantwortung leben können. Jeder muss für sich und seine Mitmenschen Verantwortung übernehmen. Wir widersetzen uns einer Kultur des Egoismus, der Gleichmacherei und der Gleichgültigkeit. Wir fordern und fördern das Engagement für die Gemeinschaft.
- Für uns ist Politik kein Selbstbedienungsladen. Die Summe von Partikularinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl. Christlich-

soziale Gemeinderäte verpflichten sich, die Suche nach dem Gemeinwohl offen und transparent zu ermöglichen. Wir wehren uns gegen Gruppenegoismus.

- Wer kann, soll Verantwortung tragen. Der Staat soll jene Aufgaben übernehmen, die Gemeinden alleine nicht schultern können. Gemeinden sollen sich Aufgaben teilen, die sie alleine überfordern würden.
- Eine Gemeinde soll ihre Bürger nicht bevormunden. Christlich-soziale Gemeinderäte unterstützen die Familien und fördern das Vereinsleben. Gemeinschaft und Gemeinde sind nicht zu verwechseln. Die Gemeinde soll das Gemeinschaftsleben fördern und gestalten. Jedoch nicht diktieren. Wir vertrauen auf die Eigeninitiative der Bürger.
- Wir verstehen Solidarität als Option für die Schwachen. Wir wollen durch unsere Politik das Miteinander fördern. Auf lokaler Ebene kommt es darauf an, das Zusammenleben harmonisch zu gestalten. Wir wollen den Austausch zwischen den Generationen und Kulturen.
- Wir werden Probleme nicht auf kommende Generationen abwälzen. Christlich-soziale Gemeinderäte übernehmen Verantwortung für die Schöpfung, für Natur und Umwelt. CSG werden kommunale Entscheidungen stets auf ihre langfristigen Auswirkungen hin prüfen. In der kommunalen Haushaltspolitik werden wir uns für eine langfristige Planung, ausgeglichene Budgets, eine niedrige Schuld und eine zumutbare Abgabenlast einsetzen.
- Wir wollen Interessenskonflikte im Gespräch mit dem Bürger klären und bewältigen. Für uns sind Integrieren, Zusammenführen und Brücken schlagen, wichtige Aspekte der Kommunalpolitik zur Verbesserung der Lebensbedingungen innerhalb einer Gemeinschaft. Wir wollen gemeinsam mit den lokalen Kräften zur Lösung anstehender Probleme beitragen. Echter Dialog bezieht dabei immer alle Menschen und Gruppen ein. Nur das Miteinander führt zum Erfolg.

Sieben Grundsätze für den politischen Alltag in der Gemeinde:



1. CSG nehmen sich Zeit und haben ein offenes Ohr. Wir packen in unserer Gemeinschaft mit an. Auch wenn unser politisches Engagement einen hohen Aufwand an Freizeit erfordert, darf es allerdings nicht auf Kosten der eigenen Familie gelebt werden.
2. CSG sind fair gegenüber der politischen Konkurrenz. Unsere politische Auseinandersetzung bleibt sachlich. CSG vereinbaren die Interessen ihrer Gemeinde mit den Interessen der CSV-Politik.
3. CSG suchen nach Gemeinsamkeiten und betonen nicht Unterschiede.
4. CSG schützen die Rechte von Minderheiten und ermöglichen allen, sich an Entscheidungen zu beteiligen.
5. CSG suchen zuerst den Dialog, und wollen getreu dem Prinzip „voir, juger, agir“ - dann die Entscheidung. Wir informieren und räumen Mitsprache ein, ehe der Gemeinderat einen Beschluss fasst.
6. CSG legen offen, welche Mandate und Aufgaben sie wahrnehmen. CSG entscheiden so objektiv als möglich. CSG werden sich nicht an Entscheidungen beteiligen, wenn sie selbst oder Nahestehende ein persönliches Interesse haben oder haben könnten.
7. CSG werden von ihren Mitmenschen nichts einfordern, was sie nicht selbst im Alltag leben.

2. Regional denken, lokal handeln

Politik lokal in die Tat umsetzen

Die CSV steht für eine konsequente Politik. Was wir auf nationaler Ebene in die Wege leiten, wollen wir auf lokaler Ebene in die Tat umsetzen.

Fusionen & interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit und internationale Solidarität sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene helfen, Probleme zu lösen und schaffen Verständnis über lokale und nationale Grenzen hinaus.

Gemeinden brauchen Zusammenarbeit, vor allem dann, wenn sie bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an Leistungsgrenzen stoßen. Wohlwissend, dass jede Kommune in manchen Einzelbereichen mit Regionalcharakter, u. a. Wirtschaftsplanung, Umwelt, Kultur, Sport, Musikunterricht usw. auf eine gemeinschaftliche Aufgabenerledigung auf interkommunaler Ebene angewiesen ist, wollen wir die überregionale Kooperation verstärken.

Öffentliche Aufgaben, die die verwaltungstechnischen oder finanziellen Leistungsfähigkeiten der Gemeinden übersteigen oder die wirksamer auf übergemeindlicher Ebene zu bewältigen sind, sollen von Gemeindeverbänden erledigt werden. Auch Fusionen zwischen Gemeinden sind unter diesem Blickwinkel zu sehen. Wir unterstützen alle Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, u. a. so genannte „Communauté des communes“ oder „communauté urbaine“, die zu einem Mehr an Wohn- und Lebensqualität führen. Wir befürworten diese Zweckgemeinschaften, weil sie wichtige Investitionen ermöglichen und zu einer verbesserten Dienstleistung für die Bürger aller Gemeinden führen.

Christlich-soziale Gemeinderäte unterstützen daher die regionale Zusammenarbeit ihrer Kommune, wenn Aufgaben oder Dienstleistungen besser und kostengünstiger auf interkommunaler Ebene angeboten werden können. Interkommunale Verbände müssen allerdings eine demokratische Kontrolle gewährleisten. Auch Syndikate müssen Effizienz gewährleisten. Eine Zusammenlegung von Syndikaten mit ähnlichem Zweck ist zu prüfen. Auf Dauer können Syndikate zwischen zwei Gemeinden keine Alternative zu einer Fusion sein.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte teilen die Zielsetzung der Territorialreform und werden eine mögliche Fusion ihrer Gemeinde positiv begleiten. Jede Fusion muss durch eine Volksbefragung beschlossen werden.

Landesplanung

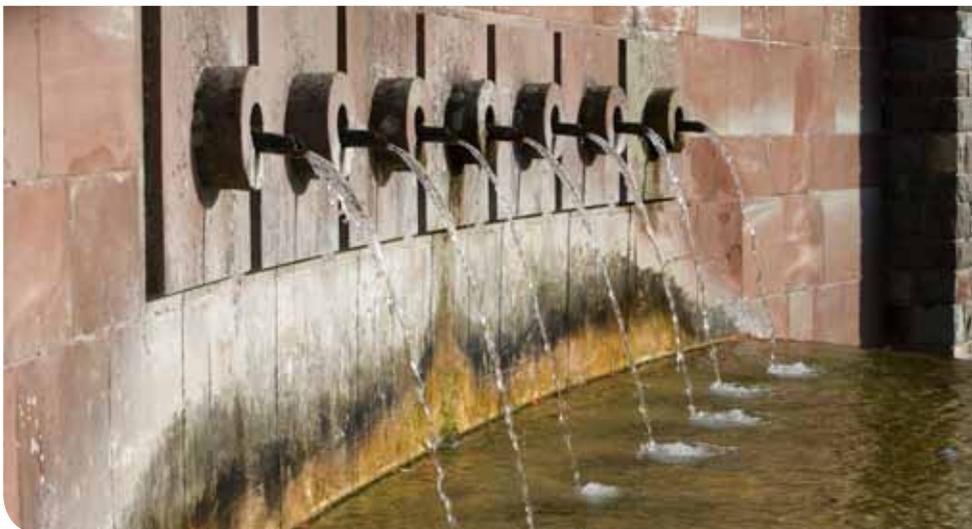
Christlich-soziale Gemeinderäte werden in ihren Gemeinden die Voraussetzungen schaffen, damit die Ziele des IVL erreicht werden können. Christlich-soziale Gemeinderäte werden diese Ziele bei der Ausarbeitung von neuen Bebauungsplänen berücksichtigen und die Vorgaben der sektoriellen Leitpläne (Mobilität, Wohnungsbau, Gewerbegebiete, Grünlandschaften) respektieren. Die Gemeinden müssen auch weiterhin

frühzeitig und ernsthaft in die Ausarbeitung der sektoriellen Leitpläne eingebunden werden.

- **Mobilität:** Christlich-soziale Gemeinderäte fördern eine nachhaltige Mobilität. Die Verkehrsprobleme einer Ortschaft dürfen nicht auf Kosten der Nachbargemeinden gelöst werden. Wir unterstützen eine intensive regionale und nationale Zusammenarbeit, um das Verkehrsaufkommen für alle erträglich zu halten. Nationale Entscheidungen, die sich auf lokales Verkehrsaufkommen auswirken, dürfen nicht über die Köpfe der betroffenen Kommunen und Bürger hinweg getroffen werden.
- **Wohnungsbau:** Christlich-soziale Gemeinderäte werden die Schaffung von neuem Wohnraum im Rahmen eines „Pacte Logement“ mit den IVL-Zielen abstimmen. Christlich-soziale Gemeinderäte werden die Bau- und Infrastrukturpolitik nach dem Gemeinwohl ausrichten und diese nicht Partikularinteressen unterwerfen.
- **Gewerbegebiete:** Christlich-soziale Gemeinderäte stehen der Ansiedlung von Gewerbegebieten positiv gegenüber, solange die IVL-Vorgaben eingehalten und die Auswirkungen auf die Umwelt kompensiert werden. Neue Gewerbegebiete müssen national abgestimmt werden, die Lebensqualität der Einwohner muss bei der Planung Priorität genießen.
- **Grünlandschaften:** Christlich-soziale Gemeinderäte werden keine sinnlose Zersiedlung zulassen und Grünflächen schützen. Wir werden die Landwirte bei der Landschaftspflege unterstützen.

Wasserpreis

Christlich-soziale Gemeinderäte befürworten einen kostendeckenden Wasserpreis. Wir wollen einen nachhaltigen Umgang mit der kostbaren Ressource Wasser fördern. Wir befürworten eine soziale Abfederung durch eine entsprechende Hilfestellung, z. B. über die Teuerungszulage („Allocation de vie chère“) oder sonstige Bezuschussungen für sozial schwache Familien.



Kommunale Finanzen

Die Finanzen bestimmen den Handlungsspielraum einer Gemeinde. Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen finanziellen Mittel rationell und kontrolliert eingesetzt werden.

Christlich-soziale Gemeinderäte fordern eine nationale Reform der kommunalen Finanzordnung. Wir stehen für eine nationale Solidarität zwischen den Gemeinden.

Christlich-soziale Gemeinderäte werden in ihrer Kommune eine langfristige Finanzplanung vorlegen, die Haushalte im Gleichgewicht verabschieden und neue Schulden nur für Investitionen genehmigen, die auch kommenden Generationen zu Gute kommen. Auf keinen Fall dürfen Schulden aufgenommen werden, um die laufenden Ausgaben zu finanzieren. Die jährliche Schuldentilgung soll deutlich unter 20 Prozent der ordentlichen Einnahmen eines Haushalts liegen. Christlich-soziale Gemeinderäte stehen für möglichst niedrige Abgaben. Effiziente Dienstleistungen sollen einen zumutbaren Preis haben.

Wir werden bei größeren Infrastrukturprojekten eine Kosten-Nutzen-Analyse vorlegen und die langfristige Finanzierbarkeit (Betriebs-, Personal- und Unterhaltskosten) abschätzen. Derartige Infrastrukturprojekte oder Gemeindebauten (mit regionalem Charakter) sollen gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Gemeinden realisiert werden. Die Bürger müssen objektiv über die Finanzlage der Gemeinde informiert werden und sollen an der Ausarbeitung der Budgets beteiligt werden.

Umwelt- und Klimaschutz

Christlich-soziale Gemeinderäte werden die Auswirkung von kommunalen Entscheidungen auf die Umwelt prüfen. Wir werden uns für eine Beteiligung unserer Gemeinde am „Klimapakt mit dem Staat“ aussprechen und einen Beitritt zum Klimabündnis unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Gemeinde ihre Stromversorgung aus erneuerbaren Energien bezieht. Wir werden in unseren Gemeinden eine energetische Bestandsaufnahme der kommunalen Gebäude vornehmen und falls notwendig, eine Sanierung in die Wege leiten. Auch werden wir unser Bemühen energiesparend zu bauen verstärken. Christlich-soziale Gemeinderäte unterstützen eine finanzielle Beteiligung ihrer Gemeinde an internationalen Kooperationsprojekten.

Rettungsdienste

Wir brauchen auch in Zukunft effiziente Rettungsdienste, die wesentlich von Freiwilligen übernommen werden. Das „Benevolat“ stößt allerdings an seine Grenzen. Auf Grund des gesellschaftlichen Wandels sind viele Freiwillige aus „Protex a Pomjeeën“ berufstätig, so dass öfters nicht genügend Einsatzkräfte zur Verfügung stehen. Auch wird die Komplexität der Einsätze immer größer.

Es gilt deshalb, die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer weiter zu unterstützen und ihnen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit deren unentgeltliche Arbeit gebührende Anerkennung findet, und ein reibungsloser Rettungsdienst möglich bleibt. Es gilt, die Rahmenbedingungen zu optimieren, damit ein flächendeckender Not- und Feuerwehrdienst gewährleistet wird.



Christlich-soziale Gemeinderäte unterstützen die Freiwilligen. Wir wissen allerdings, dass der Rettungsdienst in Zukunft nicht weiter auf dem Engagement von Wenigen lasten kann. Wir treten daher für eine schrittweise Regionalisierung und Professionalisierung der Rettungsdienste ein.

Grundschule

Christlich-soziale Gemeinderäte sorgen dafür, dass die Schulgebäude in einem guten Zustand sind und genügend Schulraum zur Verfügung steht, um die Förderung aller Schüler zu ermöglichen.

- Christlich-soziale Gemeinderäte fördern den Austausch zwischen Lehrern und Eltern. CSG setzen sich für den Erfolg der neuen Schulpartnerschaft ein, wobei die Entwicklung der Fähigkeiten der Schüler stets im Vordergrund stehen muss.

Flüchtlinge

Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge, die in der Luxemburg leben und nicht oder nur teilweise für sich sorgen können, haben Anspruch auf Unterstützung. Hier sind Staat und Gesellschaft gleichermaßen gefordert, wobei auch die Gemeinden Verantwortung tragen. Christlich-soziale Gemeinderäte werden die staatlichen Stellen bei der Unterbringung von Hilfesuchenden unterstützen.

3. Sechs Joer – Sechs Prioritéiten

Kommunale CSV-Politik: Grundsätzliches, Checkliste und Fragenkatalog



Die CSV-Gemeinderäte setzen sich sechs Hauptziele und Prioritäten für die Mandatsperiode 2011-2017. Die lokalen Sektionen verpflichten sich zu diesen Zielsetzungen und werden in ihren Wahlprogrammen vorschlagen, wie sie diese in den kommenden sechs Jahren verfolgen wollen. Die Checkliste ist nicht erschöpfend, jedoch verbindlich. Die Sektionen können nicht von diesen Vorschlägen abweichen, diese jedoch im Sinne der christlich-sozialen Grundsätze weiterentwickeln.

Die Lokalsektionen sollen gemeinsam mit ihren Kandidaten die folgende Checkliste durchgehen. Sie enthält Ideen und Vorschläge, wie christlich-soziale Kommunalpolitik konkret vor Ort in die Tat umgesetzt werden kann. Sie enthält Fragen, die zum Nachdenken und Hinterfragen anregen sollen.

Manches wurde vielleicht bereits erreicht, für anderes fehlte in der vergangenen Mandatsperiode die Zeit. Fest steht, es bleibt immer etwas zu tun.

Prioritäten christlich-sozialer Kommunalpolitik

Christlich-soziale Gemeinderäte setzen sich für eine Gemeinschaft ein, wo Toleranz, Solidarität, gegenseitiges Vertrauen und Unterstützung als Bausteine gelten. Wir wollen das soziale und wirtschaftliche Miteinander. Wir wollen menschenwürdige Lebensbedingungen für alle gewährleisten.

1. **Biergerno Gemengen:** Die CSV will lokale Demokratie. Die demokratischen Verfahren sollen gestärkt werden. Die Bürger haben ein Recht, frühzeitig und regelmäßig über die Politik informiert zu werden. Mitsprache ist mehr denn je erwünscht und soll gefördert werden.
2. **Kannerfründlech Gemengen:** Die CSV will unsere Gemeinden kinder- und familienfreundlich gestalten.
3. **Sécher Gemengen:** Die CSV setzt sich für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in den Gemeinden ein.
4. **Fair Gemengen:** Die CSV will den sozialen Zusammenhalt stärken und alle Einwohner zur Beteiligung am Gemeinschaftsleben einladen.
5. **Lieweg Gemengen:** Die CSV will das Miteinander fördern und setzt auf Vereine und Nachbarschaft.
6. **Nohalteg Gemengen:** Die CSV sorgt dafür, dass die Entscheidungen von heute nicht auf Kosten der kommenden Generationen getroffen werden.

1. Biergerno Gemengen

Die CSV will lokale Demokratie. Die demokratischen Verfahren sollen gestärkt werden. Die Bürger haben ein Recht, frühzeitig, regelmäßig und objektiv über die Politik informiert zu werden. Mitsprache ist erwünscht und soll gefördert werden. Auch der schnelle und unkomplizierte Zugang zu den Entscheidungsträgern muss garantiert sein. Die Arbeit in konsultativen Gemeindekommissionen muss effizient gestaltet sein.

Demokratie im Gemeinderat

- Verfügt der Gemeinderat über eine Geschäftsordnung, die allen Gemeinderäten eine gewissenhafte, effiziente und faire Mitarbeit ermöglicht?
- Wird allen Gemeinderäten frühzeitig Einsicht in die Unterlagen gewährt, um sich gewissenhaft auf eine Sitzung vorbereiten zu können? Können die Unterlagen online eingesehen werden? Haben die Gemeinderäte die Möglichkeit, die Unterlagen zu kopieren?
- Werden die beratenden Kommissionen ernsthaft und zeitgerecht in die Entscheidungsfindung eingebunden?
- Können interessierte Bürgern in den beratenden Kommissionen mitarbeiten, auch wenn sie keiner Partei angehören?
- Wird darauf geachtet, dass beide Geschlechter in allen Kommissionen vertreten sind? Wird die Parität zumindest angestrebt?
- Wird die Gleichstellung der Geschlechter offensiv in allen Bereichen der Kommunalpolitik verfolgt?

Information und Mitsprache der Bürger

- Wird die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde zur Eigendarstellung der Mehrheit missbraucht? Kommt die Opposition in offiziellen Mitteilungsblättern ausreichend im rechten Verhältnis zu Wort?
- Werden die Bürger regelmäßig über die Arbeit des Rates informiert? Gibt es Informationsaktionen? Werden diese Informationen in den drei Sprachen des Landes veröffentlicht?
- Haben die Bürger die Möglichkeit bei Bürgerforen Fragen an den Schöffen- und Gemeinderat zu stellen oder Kritik anzubringen?
- Werden die Bürger bei der Aufstellung des kommunalen Haushalts um ihre Meinung gefragt (Stichwort Bürgerhaushalt)?
- Sind einige Infrastrukturvorhaben so umstritten, dass sich eine Volksbefragung aufdrängt?

Administrative Vereinfachung

Die Verwaltung in den Gemeinden ist für den Bürger da. Diese müssen modern, schnell und effizient sein. Wir wollen den Bürgern zu kundenfreundlichen Zeiten einen wirtschaftlichen Service anbieten, die vorhandene technische Ausstattung durch den verstärkten Einsatz neuer Medien bestmöglich nutzen und im virtuellen Gemeindehaus durch Nutzung von Internet Behördengänge ersparen. Wir wollen den Bürgerservice durch viele kleine Schritte verbessern.

Die Dienststellen unserer Gemeinde müssen bürgernah, effizient, leistungsfähig und transparent sein. Die Gemeindeverwaltungen müssen daher personell und materiell so ausgestattet sein, dass sie optimal und effizient funktionieren können. Das bedeutet auch, dass die Mitarbeiter in den Gemeinden durch persönliche Mitwirkung, durch humane Arbeitsbedingungen, sowie durch fachliche und methodisch angepasste Aus- und Fortbildung laufend in die Lage versetzt werden, ihre Dienstleistungen ganz auf einen modernen Bürgerservice abstimmen zu können.

- Gibt es einen „Guichet unique?“
- Verfügt die Gemeinde über einen interaktiven Internetauftritt? Können administrative Schritte ohne Probleme online erledigt werden?
- Werden kommunale Verordnungen verständlich verfasst? Werden keine unnötigen Verwaltungshürden aufgebaut?
- Sind alle kommunalen Verordnungen noch zeitgemäß?
- Werden ausländische Mitbürger frühzeitig und umfassend über ihre Wahlrechte informiert?
- Was braucht unsere Gemeinde für eine optimale und effiziente Verwaltung?

2. Kannerfründlech Gemengen

Die CSV will unsere Gemeinden kinder- und familienfreundlich gestalten. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, kinderfreundliche und kindgerechte Infrastrukturen zu schaffen, zur kulturellen Erziehung der Kinder beizutragen sowie das Wohlergehen der Kinder zu wahren und zu schützen. Ein gut differenziertes Angebot an Spielmöglichkeiten, die Gestaltung kindgerechter Spiel- und Schulhöfe, die Schaffung sicherer und wohnungsnaher Spielplätze, die Unterstützung der Vereine, die sich außerschulisch um die kulturelle und sportliche Erziehung und Ausbildung der Kinder bemühen, sind Maßnahmen unserer Politik im Interesse der Kinder.



Schulen und Bildung

Wir wollen kinderfreundliche, moderne und zukunftsfähige Schulen. Doch auch die Kindergärten (die selbstverständlich ebenfalls einen Bildungsauftrag haben) und die „éducation précoce“ dürfen nicht vergessen werden. Gerade hier gilt es, den Kleinen einen optimalen „Einstieg“ in den Bereich Lernen und Erziehung außerhalb der Familie zu bieten.

- Sind alle Schulgebäude in einem guten Zustand? Ist ausreichend Schulraum vorhanden, um die pädagogischen Herausforderungen zu meistern?
- Werden schwache und begabte Schüler besonders gefördert? Gibt es ein Angebot für Nachhilfe?
- Verfügt die Gemeinde über eine Schulbibliothek, Mediathek?
- Trägt die Schulpartnerschaft klare und erkennbare Früchte? Sind Lehrer und Eltern in die Entscheidungsfindung eingebunden? Wird die Schulkommission ernst genommen?
- Gibt es ein Angebot für Kinder von Einwanderern? Eine besondere Sprachförderung?

- Gibt es einen Pedibus? Sind die Schulwege sicher? Werden Eltern ermutigt, ihre Kinder zu Fuß zur Schule zu bringen?
- Gibt es ein Schulrestaurant? Werden in diesem Restaurant regionale, nachhaltige und faire Produkte angeboten? Wird eine gesunde Ernährung gefördert?
- Unterliegen die Kinderbetreuungsangebote einem pädagogischen Konzept, das gezielt die altersentsprechende Entwicklung der Kinder unterstützt und die Integration von ausländischen Kindern fördert?

Kinderbetreuung

Kinderbetreuung ist der Pfeiler einer modernen Familienpolitik. Wir setzen uns zum Ziel bis 2014, dass bis 75% der Kinder in der Grundschule einen Platz in den „Maison Relais“ finden. Wir wollen auf dem Gemeindeplan Bedingungen und Infrastrukturen schaffen, die es ermöglichen, dass kinder- und familienfreundliche Gemeinschaften entstehen und bestehen können: durch die Schaffung und die Unterstützung von Betreuungsangeboten für Kinder, die Weiterführung und den Ausbau der „Éducation précoce“ oder der „Maison Relais“; durch die Realisierung einer bedarfsgerechten Wohnungsbaupolitik; durch die familiengerechte Regelung der Tarife, Benutzungsgebühren und Abgaben; durch die Förderung, besonders der freien und privaten Träger für Familien- und Erziehungsberatungsstellen.

- Sind die Schulen mit dem Angebot an Kinderbetreuung vernetzt?
- Gibt es ein ausreichendes, flexibles und vielfältiges Angebot an Kinderbetreuung? Besteht die Möglichkeit einer Waldkrippe? Gibt es ein Tageselternangebot?

Freizeit

Kinder brauchen Spielplätze. Veraltete Spielplätze sollen modernisiert, kindergerecht und sicher gestaltet werden. Kleinspielplätze sollen so angelegt werden, dass sie in unmittelbarer Nähe von zugehörigen Wohnstätten, also leicht und rasch erreichbar, sowie von Bewohnern gut beobachtbar sind und ausreichend Aufenthaltsraum für Aufsichts- und Betreuungspersonen bieten (Bänke, Tische, ...). Notwendig für unsere heranwachsende Jugend sind geeignete Abenteuer- und Robinsonspielplätze, die derart geschaffen werden sollen, dass bei der Erreichbarkeit weitgehende Verkehrssicherheit ermöglicht wird.

- Wird die demokratische Erziehung der Jugend gefördert? Wie können sich Jugendliche und Kinder am Gemeindeleben beteiligen? Gibt es den Kindergemeinderat, einen Jugendkommunalplan?
- Gibt es in allen Vierteln kindergerechte Spielplätze? Werden die Eltern und Kinder bei der Gestaltung von Spielplätzen eingebunden?
- Gibt es ein ausreichendes Angebot von Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche? Ist dieses Angebot mit den Betreuungseinrichtungen abgestimmt?
- Werden Vereine besonders gefördert, die sich um Kinder- und Jugendarbeit kümmern? Gibt es interkulturelle Angebote?

- Gibt es in der Gemeinde ein Angebot an Musikunterricht? Gibt es in den Schulen eine musikalische Früherziehung?
- Wird die sportliche Betätigung – auch außerhalb von Vereinen – gefördert?
- Werden in den Schulferien Aktivitäten für Kinder und Jugendliche angeboten?
- Gibt es in den Sommerferien ein Angebot für schulische Förderung; Stichwort „Summerschoul“?

Familien und Erwachsenenbildung

Die permanente Aus- und Weiterbildung des Menschen ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Die von den Vereinen angebotenen Bildungsprojekte im kulturellen, sozialen und technischen Bereich wollen wir den jeweiligen Anforderungen und Gegebenheiten entsprechend fördern. Wir wollen die Erwachsenenbildung (so z. B. Sprachkurse, Informatikangebote, Internet, Mal- und Zeichenkurse sowie diverse Bildungsveranstaltungen zur Persönlichkeitsbildung und Lebensgestaltung fördern und ausbauen. Die Entwicklung und Schaffung von Einrichtungen allgemeiner und besonderer Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ist somit für jede Gemeinde eine wichtige Aufgabe.

- Gibt es für Berufstätige annehmbare Angebote an Kinderbegleitung, sowohl von Inhalt als auch von der Organisationsform her? Bietet die Gemeinde eine Elternschule an?
- Sind die Öffnungszeiten der Gemeindedienste familienfreundlich?
- Wird den Interessen von Familien bei der Festlegung von Abgaben Rechnung getragen?

Jugend

Eine dynamische Gemeinde braucht junge Menschen, die bereit sind, das Gemeinschaftsleben aktiv mitzugestalten. Wir wollen dafür sorgen, dass junge Menschen in die Verantwortung der Gemeinden hineinwachsen. Wir unterstützen und fördern jene Veranstaltungen, Dienste und Einrichtungen, die die demokratische Mitsprache und die persönliche Entfaltung der Jugendlichen ermöglichen. Politik für die Jugend kann nur mit der Jugend gestaltet werden. Wir wollen daher nach Möglichkeit Vereine, die sich der Jugendarbeit widmen, entsprechend unterstützen; gut funktionierende Jugendkommissionen einsetzen; kommunale Jugendparlamente einrichten; Räumlichkeiten und Infrastrukturen bereitstellen, die den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen (Proberäume für Musik- und Theatergruppen, Jugendhäuser, usw.); Initiativen Jugendlicher im Bereich des Umweltschutzes, des interkulturellen Dialogs und der Entwicklungshilfe besonders fördern.

- Hat die Gemeinde ein Jugendhaus?
- Gibt es einen Jugendkommunalplan?
- Wie arbeitet die Jugendkommission?
- Werden junge Menschen in die Entscheidungsfindung eingebunden?

Wohnen

Wir wollen Gemeinden mit hoher Wohnqualität. Jede Familie hat das Recht auf eine ihren Bedürfnissen angemessene Wohnung. Durch entsprechende Projekte wollen wir diesem Ziel gerecht werden. Ein ganz besonderes Augenmerk schenken wir auch den Projekten des sozialen Wohnungs- und Eigenheimbau, wobei wir auf die Pflege des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes Wert legen. Im innerstädtischen Bereich soll das Nebeneinander von Geschäfts- und Wohnnutzung für eine gute Wohnqualität stehen.

- Wird an die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern gedacht?
- Wird der Wohnungsbau nicht durch unsinnige Taxen belastet?

3. Sécher Gemengen

Die CSV setzt sich für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in den Gemeinden ein. Jeder Bürger hat ein Recht auf Schutz und Sicherheit. In einer Zeit der grenzüberschreitenden großen und kleinen Kriminalität ist es wichtig alles zu tun, damit die Sicherheit auf nationaler Ebene gewährleistet werden kann. Die Menschen müssen gegen jede Form von Kriminalität geschützt werden. Das erfordert die Präsenz und regelmäßige Streifengänge der Sicherheitskräfte, das erfordert auch das Vertrauen der Einwohner zur Gemeinde und den Sicherheitskräften. Damit unseren Bürgern mehr Sicherheit garantiert wird, wollen wir, dass zur Überwachung der Ausführung der Gemeindereglemente oder zur Erledigung administrativer Angelegenheiten in den Kommissariaten, verstärkt auf das Einsetzen von Gemeindeangestellten, z. B. „Bannpréiter“ oder „Agents municipaux“ zurückgegriffen werden kann.



Feuerwehrleute, Sanitäter und Polizisten riskieren oft ihr eigenes Leben, um das anderer zu retten. Sie leisten bei Brandschutz, Unfällen und anderen Katastrophen vorbildliche Arbeit. Die unentgeltliche, aufopfernde und verdienstvolle Arbeit der Hilfs- und Rettungsorganisationen verdienen Anerkennung. Die Entwicklung, die der freiwillige Hilfsdienst seit Jahren in den Gemeinden aufweist, ist ein Anliegen verantwortungsvoller Gemeindepolitiker sein. Auch die lokalen Blutspender- und RotKreuzSektionen mit ihren vielen ehrenamtlich engagierten Mitgliedern brauchen in diesem Sinne eine spezielle Unterstützung.

- Gibt es besondere Brennpunkte? Ist die Präsenz von Ordnungshütern ausreichend?
- Sind die Schulwege sicher? Gilt in den Wohnvierteln Tempo 30? Halten sich die Autofahrer an die Verkehrsvorschriften? Ist der Schilderwald übersichtlich?

- Ist Gewalt im Schulhof oder unter Jugendlichen ein Problem? Wurden die Ursachen erforscht?
- Haben die Rettungsdienste genügend Freiwillige? Wird das Ehrenamt gewürdigt und wie zeigt sich das?
- Sind die Rettungsdienste dem Gefahrenpotenzial der Gemeinde entsprechend ausgebildet und ausgerüstet?
- Wird bei der Ausstattung der Rettungsdienste regional zusammengearbeitet?
- Werden die kommunalen Vorschriften eingehalten? Wenn nein, warum nicht? Sind sie ausreichend bekannt? Zu streng? Oder gar sinnlos?
- Wird den Seveso-Bestimmungen¹ Rechnung getragen?
- Werden die Einwohner über Verhaltensweisen bei Unfällen oder Katastrophen, welcher Art auch immer, ausreichend informiert?

Gesundheit

Gesundheitserziehung und -aufklärung sind wichtige Voraussetzungen im Hinblick auf Vorbeugung und Früherkennung von Gesundheitsschäden. Auch die Gemeinde hat im Bereich der Präventivmedizin eine unterstützende Funktion zu erfüllen. Wir sind bemüht, den Ausbau von Einrichtungen zu fördern, die den Bürgern die ambulanten Dienste der Krankenpflege sowie der Haus- und Familienpflege zur Verfügung stellen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die kommunalen Beratungsdienste im Bereich des Gesundheitswesens (Drogen und Aids) und des Umweltschutzes (Chemikalien im Haushalt, Energie- und Umweltbüro) ausgebaut werden und unterstützen bestehende Hilfseinrichtungen der verschiedenen Vereinigungen. Im Primärschulwesen wollen wir der Präventivmedizin eine noch stärkere Rolle zu kommen lassen.

- Wie steht es um die ärztliche Versorgung? Gibt es genügend Allgemeinmediziner zur Absicherung der Grundversorgung in der Region?
- Was tut die Gemeinde in Sachen Sensibilisierung, Vorsorge und Beratung?
- Welche Aktionen setzt die Gemeinde zur Gesundheitsförderung?
- Wie ist der Apothekerdienst organisiert?
- Wie steht es um die Pflegedienste?

¹ Nach dem Dioxin-Zwischenfall von Seveso ergriff die EU gesetzliche Maßnahmen sowohl zur Verhütung schwerer Unfälle als auch zur Begrenzung der Unfallfolgen. Dies mündete in der so genannten Seveso-Richtlinie und betrifft u.a. Vorsorgemaßnahmen, Risikoabschätzungen, Notfallpläne und Informationsmanagement.

4. Fair Gemengen

Die CSV will den sozialen Zusammenhalt stärken und alle Einwohner zur Beteiligung am Gemeinschaftsleben einladen.

Jeder Einzelne, ob Luxemburger oder Nicht-Luxemburger - ist aufgerufen, seinen Teil zu einem friedlichen Miteinander beizutragen. Mit der Erweiterung des kommunalen Wahlrechtes für Nicht-Luxemburger Bürger ist ein wesentlicher Schritt zur zielbewussten Integration ins politische Geschehen vollzogen worden. Eine eminent wichtige Rolle spielen die beratenden Gemeindekommissionen, allen voran die Ausländerkommission.



Soziale Fragen

- Wird das Sozialbüro sehr in Anspruch genommen? Verfügt es über angemessene Räumlichkeiten und ausreichend Mitarbeiter?
- Welche sozialen Fragen stellen sich in der Gemeinde? Viele Alleinstehende? Senioren? Jugendliche? Ausländer? Arbeitslose? Mittellose? Obdachlose? Flüchtlinge? Menschen mit Behinderung oder reduzierter Mobilität?
- Kann die Gemeinde über das Sozialbüro hinaus eine Hilfestellung bieten? Wird eine staatliche Hilfe benötigt? Gibt es Überschneidungen?
- Gibt es soziale Hilfswerke von privaten Trägern? Kann die Gemeinde diese unterstützen oder eine Zusammenarbeit mit staatlichen Trägern fördern?
- Unterstützt die Gemeinde sozialen Wohnungsbau und soziale Mietwohnungen?

Senioren

Gemeinden brauchen ein seniorenfreundliches Umfeld. Wir wollen Senioren motivieren sich im öffentlichen Raum zu engagieren und einzubringen.

Ältere Mitbürger haben spezifische Wünsche und Sorgen. Sie wollen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben und wohnen können, sie wollen sich in der Gesellschaft für andere engagieren, sich weiterbilden, kulturelle Veranstaltungen besuchen und sich sportlich betätigen.

Wir wollen diesen Anliegen besonders Rechnung tragen. Durch den Bau speziell eingerichteter Seniorenwohnungen inmitten der Wohnquartiere, durch die Verbesserung und den Ausbau der Dienstleistungssysteme für ältere Mitmenschen, wie u. a. „Essen auf Rädern“, „Soins à domicile“, ... soll ermöglicht werden, dass Senioren in ihren gewohnten Lebensräumen integriert bleiben und sich nicht abgeschoben fühlen! Ein spezieller Ansprechpartner sind für uns jene Vereine, die sich besonders um ältere Mitmenschen bemühen, so u. a. die Amiperas. Auch die in vielen Gemeinden aktiven „Club Senior“ sind wichtige Ansprechpartner. Schließlich ist es wichtig, den Zugang der Senioren zu den öffentlichen Dienstleistungen, so u. a. durch angepasste Signalisierung, verständliche Informationen, vor allem in Luxemburgischer Sprache verfasst, usw. zu erleichtern.

- Gibt es ein Angebot an Weiterbildungs- und Freizeitmöglichkeiten für Senioren?
- Besteht die Möglichkeit Senioren an der Kinderbetreuung oder anderen sozialen Einrichtungen zu beteiligen?
- Gibt es Pflege- und Altersheime in der Nähe? Werden diese am sozialen Leben der Gemeinde beteiligt?
- Fördert die Gemeinde Mehrgenerationen-Viertel? Oder betreutes Wohnen?
- Gibt es in der Gemeinde einen Dienst, ein Angebot an Nachbarschaftshilfe? Wie wird diese ideell und material gefördert, so dass sie auch angenommen und durchgeführt wird. Wird eine Beschäftigungsinitiative mit einem solchen Dienst betraut?
- Gibt es ein Angebot von „Essen auf Rädern“ und einen Notdienst für Senioren oder Menschen mit Behinderung?
- Gibt es einen Flexibus/Rufbus oder Seniorenbus?
- Sind die Infrastrukturen der Gemeinde senioren- bzw. behindertengerecht?
- Wie ist die aktuelle Situation von Menschen mit Behinderung oder mit reduzierter Mobilität in der Gemeinde?
- Was geschieht um Menschen mit Behinderung ins kommunale Geschehen einzubinden?
- Werden die Bedürfnisse von Senioren oder Menschen mit Behinderung bei der Planung von neuen Infrastrukturen berücksichtigt? Werden nichtgerechte Infrastrukturen renoviert?

- Was tut die Gemeinde um dem demografischen Wandel gerecht zu werden? Welche Dienste werden pflegebedürftigen Mitmenschen angeboten?

Verantwortung der Gemeinde

Gegenüber den Mitbürgern hat die Gemeinde eine soziale Verantwortung zu übernehmen, diese reduziert sich jedoch nicht nur auf die Bereitstellung von Sozial- und Gesundheitsdiensten oder auf die Einsetzung von Sozialkommissionen. Dies betrifft ein aktives Engagement im Bereich der Arbeitslosen- und Beschäftigungsinitiativen.

Auf kommunaler Ebene kann viel für den Dialog und das Verständnis zwischen verschiedenen Gruppen, ja sogar zwischen den Völkern getan werden. Wir setzen uns ein für projektgebundene kommunale Entwicklungshilfepolitik, mit einer aktiven Beteiligung der Bürger, und vor allem der Jugend.

- Wie gut funktionieren die beratenden kommunalen Gemeindekommissionen? Gibt es von Gemeinderat verabschiedete Richtlinien betreffend die Funktionsweisen der Kommissionen? Wie wird der Gemeinderat über die Arbeit in den Kommissionen informiert?
- Gibt es in der Gemeinde eine Kommission, die sich um Chancengerechtigkeit bemüht?
- Sind Steuern und Abgaben vertretbar? Stehen sie in einem vernünftigen Preis/Leistungsverhältnis? Besteht die Notwendigkeit, verschiedene Abgaben sozial abzufedern? Wenn ja, wie geschieht dies?
- Werden finanzielle Mittel für Kooperationshilfe zur Verfügung gestellt?
- Greift die Gemeinde auf regionale, saisonale, fair gehandelte und ökologische Produkte zurück?
- Hat die Gemeinde einen Integrationspakt mit der Asti geschlossen?
- Hat die Gemeinde Flüchtlinge aufgenommen?
- Ist die Gemeinde bereit Wohnraum für Studenten zu schaffen?

5. Lieweg Gemengen

Die CSV will das Miteinander fördern und setzt auf Vereine und Nachbarschaft. Vereine beleben das soziale und gesellschaftliche Leben in der Gemeinde. Sie dienen zudem der Persönlichkeitsbildung und leisten mit zahlreichen Angeboten einen ebenso wertvollen wie unverzichtbaren Beitrag, ganz gleich ob im gesellschaftlichen, sportlichen, kulturellen oder musikalischen Bereich.



Vereine stärken

Damit die Sport- und Kulturvereine ihre Aufgaben erfüllen können, brauchen sie entsprechende Infrastrukturen. Dort, wo Nachholbedarf besteht, wollen wir reagieren. So verfügen viele Gemeinden nicht über genügend Versammlungsräume für die Durchführung von Generalversammlungen, Ausstellungen, kleinen kulturellen Veranstaltungen, akademischen Sitzungen und anderen gesellschaftlichen Ereignissen. Wir wollen uns diesen Problemen annehmen und die Schaffung eines Hauses der Kultur / Hauses der Vereine überprüfen!

- Haben die Vereine einen Ansprechpartner?
- Werden die Vereine fair, transparent und nachvollziehbar unterstützt? Nach welchen Kriterien und Vorgaben geschieht die Subventionierung?
- Werden die Bemühungen von Vereinen in der Jugendarbeit, bei der Integration von ausländischen Mitbürgern usw. besonders gewürdigt?
- Schenkt die Gemeinde den ehrenamtlich Tätigen eine besondere Aufmerksamkeit?
- Können die Vereine bei der Organisation ihrer Veranstaltungen auf die Unterstützung der Gemeinde zählen?
- Verfügen alle Vereine über angemessene Räumlichkeiten, damit sie ihrem Zweck nachgehen können? Werden alle Vereine gleich bzw. gerecht behandelt?

- Wie steht es um die gesellschaftlichen Begegnungsstätten innerhalb der Gemeinden?

Kultur- und Sportveranstaltungen

Die Kultur ist der kreative Bereich der Gemeinde. Auch wenn Kulturarbeit viel mehr und vielfältiger ist, als die alltägliche Arbeit in den Vereinen, so genießen unsere Kunst-, Musik- und Chorvereinigungen einen hohen Stellenwert. Bei vielen weltlichen und kirchlichen Festen sind diese Vereine gern gesehene und geschätzte Gäste. Zudem erlauben sie der Bevölkerung, aktiv am kulturellen Leben und Schaffen teilzuhaben. Daher sollen diese vielförmigen Kulturinitiativen gefördert werden: Die Arbeiten der Vereine sollen entlastet und unterstützt werden.

Sport dient der Erhaltung der Gesundheit und der Persönlichkeitsbildung. In Zusammenarbeit mit den lokalen Sportvereinen sollen die Sport- und Freizeitanlagen infrastrukturell verbessert und ausgebaut werden. Sportvereine werden durch angemessene Zuschüsse unterstützt. Ihre Aktivitäten beleben die Gemeinde.

- Organisiert die Kommune eigene kulturelle oder sportliche Veranstaltungen?
- Werden die Vereine an diesen Veranstaltungen beteiligt? Stehen Aufwand und Kosten in einem vertretbaren Verhältnis zum Interesse der Einwohner?
- Sucht und fördert die Gemeinde eine regionale Zusammenarbeit bei kulturellen und sportlichen Veranstaltungen?
- Hat die Gemeinde eine europäische oder internationale Partnergemeinde? Werden und wie werden diese Kontakte gepflegt?

Tourismus und Freizeit

Gemeinden brauchen zielorientierte Impulse zur Förderung des Tourismus. Lokale Museen, Wanderwege im Waldgebiet, richtig erschlossene Naturschutzgebiete, Sporteinrichtungen, Erholungsräume, Kulturveranstaltungen, Feste usw. sollen Einheimische und Fremde zu Kurzurlauben oder längeren Aufenthalten motivieren. Kommunale und staatliche Förderungen bei der Errichtung von notwendigen Infrastrukturen und Beherbergungsbetriebe sind dabei eine unumgängliche Notwendigkeit.

- Verfügt die Gemeinde über touristische Angebote und besondere Attraktionen? Werden sie für Touristen und für die Bevölkerung aktivierend angeboten? Können diese vernetzt werden?
- Welche Freizeitangebote haben touristischen Charakter?
- Gibt es ein Angebot an sanftem Tourismus?
- Gibt es ausreichend Wander- und Spazierwege? Gibt es verkehrssichere Radwege?
- Wird in der Gemeinde ein Late-Night-Busdienst angeboten?

Lokaler Handel

Unsere Gemeinden brauchen gesunde und wettbewerbsfähige Betriebe. Wir setzen uns für spezifische Maßnahmen zur Förderung von Handel und Gewerbe ein, wobei wirtschaftliche Aktivitäten und Investitionen sowie ökologische Erfordernisse, die infrastrukturellen Maßnahmen und die dazu notwendigen Aufwendungen in harmonischem Einklang stehen müssen.

Handel, Handwerk und freie Berufe tragen zu einem dynamischen Gemeindeleben bei. Handwerksbetriebe und lokale Geschäfte sind ein wichtiger Pfeiler einer ausgeglichenen kommunalen Wirtschaftsstruktur. Die Förderung von Handel und Gewerbe auf kommunaler Ebene ist eine Notwendigkeit. Gemeinden brauchen einen leistungsfähigen und arbeitsplatzschaffenden Mittelstand.

- Wird die lokale Wirtschaft und der lokale Handel von der Gemeinde ausreichend und angemessen unterstützt? Werden ortsansässige Unternehmen in die Planung diverser kommunaler Entscheidungen, die Handel und Gewerbe direkt und indirekt betreffen, eingebunden!
- Gibt es Einkaufsmöglichkeiten in der Gemeinde? Sind die Einwohner auf ein Auto angewiesen, um sich zu versorgen? Gibt es einen Rufbus oder Flexibus? Wie stehen Angebot und Nachfrage zum finanziellen Aufwand?
- Sind die Gehwege ins Nahversorgungszentrum optimal und miteinander verbunden?
- Bemüht sich die Gemeinde um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen?

6. Nachhaltig Gemungen

Die CSV sorgt dafür, dass die Entscheidungen von heute nicht auf Kosten der kommenden Generationen getroffen werden.

Wir wollen Akzente setzen, u. a. durch die Schaffung kommunaler Energie- und Umweltbüros, die Einführung adäquater Mülltaxenregelungen, Maßnahmen zum Schutz von Boden und Wasser sowie mittels einer ökologisch orientierten Energiepolitik. Um diese Ziele zu erreichen soll die Gemeinde dem Klimabündnis beitreten.

Gemeindeentwicklung und Ortschafts-/Städteerneuerung sind unablässige Aufgaben, bei deren Verwirklichung der Gemeinderat und die Bevölkerung ständig zusammenarbeiten sollen. Zu einem menschlichen Stadtbild gehören Sanierungs- und Renovierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden, die verkehrsberuhigende Belegung des Ort- und Stadtkernes und der Einkaufsstraßen sowie eine behutsame, baulich und sozial integrierte Erschließung von Neubaugebieten unter Berücksichtigung der natürlichen und menschlichen Umwelt.



Müllvermeidung & Müllentsorgung

Die Gemeinden sind zuständig für die Entsorgung des Mülls. Sie sind aufgerufen, eine effiziente und gezielte Abfallentsorgung zu organisieren, durch Müllvermeidung und -wiederverwertung.

Dies besonders auch mit dem Blick auf die europäische Abfall-Richtlinie deren primäres Ziel es ist, das Abfallaufkommen mit 2012 zu stabilisieren und bis 2020 zu senken. Auch die Herstellerverantwortung soll gestärkt werden, so unter anderem durch eine Rücknahmeverpflichtung. Wichtigstes Ziel ist demnach die Abfallvermeidung und hier sind die Gemeinden gefordert Akzente zu setzen.

Haushaltsabfälle müssen weitgehend dem Stoffrecycling zugeführt werden. Wir wollen gerechte und „ökologische“ Mülltaxensysteme, die aufgebaut sind nach dem Prinzip der Grundtaxe, der Behälter- und Entleerungstaxe. Wer weniger Müll produziert, soll auch weniger zahlen. Zu einer effizienten Müllentsorgung gehört, dass die bewährten regionalen Recyclingzentren ausgebaut werden.

- Verfügt die Gemeinde über ein Müllkonzept? Wird getrennt entsorgt? Werden die Bürger über die Müllpolitik informiert?
- Ist die Gemeinde an ein Recyclingcenter angeschlossen? Sind die Öffnungszeiten dem Alltag der Einwohner angepasst?
- Wird Müllvermeidung bei der Berechnung der Mülltaxe belohnt?
- Verfügt die Gemeinde über einen „Spullweenchen“ für Veranstaltungen? Welche zusätzlichen Maßnahmen bietet die Gemeinde bei Veranstaltungen, damit diese nach ökologischen Kriterien ablaufen?
- Wird dem Umweltschutz bei öffentlichen Festen und Veranstaltungen Rechnung getragen?

Gewässerschutz, Wasserversorgung & Abwasserentsorgung

Wasser ist ein kostbares Gut. Wir wollen daher die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben. Sie bildet den Rahmen der Wasserwirtschaft in Luxemburg. Im Mittelpunkt steht der Schutz aller Gewässer. Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreiben die Gemeinden die Trinkwasserversorgung und haben auch die Abwasserentsorgung sicherzustellen, beides Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeinden sind aufgerufen eine nachhaltige Wasserhaushalts- und Wasserwirtschaftspolitik zu gestalten, dies verbunden mit dem Ziel einen besseren Quellenschutz und eine sichere Trinkwasserversorgung zu gewährleisten. Auch Renaturierungsprojekte sollen gezielt umgesetzt werden.

- Was tut die Gemeinde um den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie gerecht zu werden?
- Wird der Gewässerschutz beachtet? Wäre eine Renaturierung von Gewässern sinnvoll?
- Wird die Wasserqualität regelmäßig überprüft und werden die Ergebnisse veröffentlicht?
- Sind alle Viertel der Gemeinde an eine Kläranlage angeschlossen?
- Gibt es einen mehrjährigen Investitions- und Unterhaltsplan für das Kanalnetz?
- Wird bei neuen Wohnvierteln eine getrennte Abwasserentsorgung eingeplant?
- Ist der Wasserpreis kostendeckend?
- Wurden Maßnahmen zum Wassersparen in die Wege geleitet?
- Wie fördert die Gemeinde die Entsiegelung, damit Niederschlagswasser ins Grundwasser absickern kann?
- Gibt es Regenauffangbecken?

Wald und Grünflächen

Die Gemeinden haben die Pflicht sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Der Wert von Natur- und Kulturlandschaft in einer Gemeinde ist ausschlaggebend für die Lebensqualität. Schönheit und Vielfalt der Natur in der Gemeinde bereichern das Leben, tragen zur Erholung und Entspannung bei. Grünflächen, Biotope, Moore, Badeseen, Bäume, Heckenlandschaften verleihen der Umgebung Ruhe und Auflockerung. Im Rahmen der Dorf- und Städteerneuerung soll über Biotopkataster nachgedacht werden als wertvolle Aufzeichnung der einmaligen Naturlandschaften. Baumpflanzaktionen sind in diesem Sinne auch von großer Bedeutung; besonders empfehlenswert sind diesbezüglich Obstbäume. Sie erfreuen nicht nur die Einwohner, sie bereichern das Erscheinungsbild der Dörfer, erhöhen die Lebensqualität und schaffen Lebensraum.

- Gibt es in der Gemeinde ausreichend Naherholungsgebiete?
- Was tut die Gemeinde zum Erhalt des Grüngürtels?
- Gibt es Möglichkeiten Kleingärtenanlagen zu erhalten oder neu zu schaffen?
- Fördert die Gemeinde die Zusammenlegung und Pflege von Privatgärten zu Gemeinschaftsgärten, sofern dies natürlich erwünscht wird?
- Ist der kommunale Wald zertifiziert? (FSC oder PEFC oder beide?)
- Werden kommunale Grünflächen nachhaltig angelegt und gepflegt? Werden waldarme Gebiete ökologisch aufgewertet?
- Ist die Kommune dem Bündnis gegen genveränderte Organismen beigetreten?
- Hat die Gemeinde ein Altlastenkataster erstellt? Wurden Maßnahmen zur Sanierung getroffen?

Lärm, Luft und Licht

- Gibt es Bestimmungen über den Lärm? Eine Lärmschutzverordnung? Haben die Bürger die Möglichkeit Lärmmessungen anzufordern, wenn dies erforderlich scheint?
- Gibt die Luftqualität Anlass zur Sorge? Wurden und werden laufend wissenschaftliche Messungen durchgeführt?
- Wird der Lichtverschmutzung Einhalt geboten? Gibt es keine überflüssige und schlafstörende Beleuchtung?
- Gibt es Mobilfunkanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde? Werden die Strahlenschutzvorgaben beachtet?

Energie & Klimaschutz

Die Gemeinden sind aufgerufen die Energieversorgung ökologisch und ökonomisch zu orientieren. Die Errichtung, der Bau und die Förderung alternativer Energiequellen, u.a. Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen, der Bau von Wärmekraftkopplungsanlagen, die Modernisierung der Heizungsanlagen in den öffentlichen Gebäuden und gezielte Wärmedämmung sind dabei wichtige Akzente. Wir wollen vor allem auch allen Energiesparmaßnahmen eine große Aufmerksamkeit schenken.

- Ist die Gemeinde Mitglied des Klimabündnisses?
- Wird die Gemeinde sich am Klimapakt mit dem Staat beteiligen?
- Wurde eine energetische Bestandsaufnahme der kommunalen Gebäude durchgeführt? Wurde eine Sanierung in die Wege geleitet?
- Bezieht die Gemeinde ihren Strom aus erneuerbaren Energiequellen?
- Gibt es ein kommunales Förderprogramm für den Einsatz alternativer Energien?
- Ist die Schaffung einer Holzhackschnitzelanlage möglich?
- Wurden Energiesparmaßnahmen in die Wege geleitet?
- Wird beim Bau von neuen Infrastrukturen bzw. bei der Sanierung von bestehenden Gebäuden nachhaltigen und ökologischen Kriterien Rechnung getragen?

Kommunale Flächennutzung & Baupolitik

Wir wollen Lebensqualität schaffen. Die Bauplanung darf daher nicht dem Zufallsprinzip unterliegen. Der allgemeine Flächennutzungsplan (plan d'aménagement général / PAG) und die so genannten Bebauungspläne (plan d'aménagement particulier / PAP) sollen die Leitlinie einer auf Lebensqualität hin orientierten und umweltfreundlichen Urbanisierung sein, wobei der PAG die generelle Richtlinie definiert. Die Bestimmungen schaffen die Voraussetzungen für eine nachhaltige und kohärente Entwicklung auf Gemeindeebene. Sie müssen das notwendige Instrument sein, um die verfügbaren Flächen möglichst rational zu bebauen und eine unnötige Flächenversiegelung zu vermeiden. Damit tragen sie vor allem dazu bei, Entwicklungsperspektiven und Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu erhalten. Wir wollen unsere Gemeinden nicht planlos verbauen, sondern die Lebensqualität erhalten und verbessern, wo immer dies möglich ist.

- Werden die Baugenehmigungen entsprechend nachvollziehbaren und klaren Kriterien vergeben?
- Werden die Bauvorschriften eingehalten?
- Gibt es eine Anlauf- und Beratungsstelle?
- Fördert die Gemeinde umweltschonende Bauweisen?

- Haben die Arbeiten an einem neuen Bebauungsplan (PAG) begonnen? Wurden oder werden die Bürger frühzeitig in die Ausarbeitung des PAG eingebunden? Wird der Denkmalschutz im PAG berücksichtigt?
- Werden den nationalen IVL-Vorgaben beim PAG Rechnung getragen?
- Hat die Gemeinde einen Pacte Logement unterzeichnet?

Mobilität und Verkehr

Verkehrswege sind die Lebensadern einer Gemeinde. Verkehr muss abgestimmt und intelligent fließen. Durch ein starkes Aufkommen des Individualverkehrs in vielen Gemeinden ist vielerorts eine unhaltbare Situation entstanden. Verkehrsstaus, Lärm- und Abgasbelastungen, akuter Parkplatzmangel, Verkehrsstress, kostspielige Zeitverluste und Unfälle sind die direkten Folgen. Humane Verkehrsgestaltungen unter Einbindung regionaler Lösungen sollen Hilfe schaffen. Die Ausarbeitung und Umsetzung sowie die ständige Evaluierung von Verkehrskonzepten sind Voraussetzung für Verkehrsberuhigung, für mehr Verkehrssicherheit und für Verringerung von Schadstoffansammlungen in Wohngebieten.

Wir setzen uns ein für eine Verbesserung des Wohnumfeldes und für die Entwicklung angepasster Verkehrsberuhigungen, wobei vor allem auch regionale und gemeindeübergreifende Lösungsmodelle anzustreben sind. Der öffentliche Transport und die Lenkung des Durchzugsverkehrs muss in diese Konzepte einfließen.

In unserer Mitte müssen alle Mitmenschen mit dem gleichen Recht, wie jeder andere leben und aufwachsen können. Wir wollen daher die Lebensbedingungen in unseren Dörfern und Städten derart gestalten, dass auch Menschen mit Behinderung (und Menschen mit einer reduzierten Mobilität) sich wohl fühlen und entfalten können. Wir wollen dafür die Voraussetzungen schaffen; so müssen u. a. öffentliche Bauten so konzipiert werden, dass sie für Bürger mit Behinderung gut erreichbar sind.

Das Fahrrad ist ein modernes, umweltfreundliches und vor allem schnelles Verkehrsmittel. Wir wollen die Radwegenetze in unseren Gemeinden kontinuierlich verbessern, wobei wir bei der Anlegung von Radwegen der Sicherheit aller Radler eine hohe Priorität einräumen und die Einrichtung von Wegweisungssystemen fördern wollen.

- Braucht / verfügt die Gemeinde über ein Mobilitätskonzept?
- Wird Verkehr vermieden (Stichwort: Gemeinde der kurzen Wege)?
- Wird das Verkehrssystem auf Effizienz, Nachhaltigkeit und Kostenabschätzung hin überprüft?
- Wäre eine regionale oder interkommunale Zusammenarbeit in Mobilitätsfragen sinnvoll?
- Sind alle Ortschaften und Viertel der Gemeinde zufriedenstellend an die öffentlichen Verkehrsmittel angebunden?
- Verfügt die Gemeinde über ein sicheres und zeitgemäßes Radwegenetz?

- Kann man sich in der Gemeinde sicher und bequem zu Fuß fortbewegen? Wie sicher sind die Schul- und Gehwege?
- Wird bei der Verkehrsplanung den Bedürfnissen von Kindern, Senioren und Behinderten sowie Menschen mit einer reduzierten Mobilität Rechnung getragen?
- Sind verkehrsberuhigende Maßnahmen ergriffen worden?
- Gibt es genügend öffentlichen Parkraum?

Verantwortung der Gemeinde

Umweltbewusstes Handeln lebt auch von Vorbildfunktion. Die Gemeinde kann in ihren organisatorisch-technischen Diensten eine derartige Rolle übernehmen. Die Gemeinden tragen eine ökologische Verantwortung.

- Wird der Fuhrpark „ökologisch“ umgerüstet?
- Werden umweltschonende Reinigungsmittel verwendet?
- Wurden Energie- und Wassersparmaßnahmen ergriffen?
- Wird Recyclingpapier verwendet? Wird Papier nicht verschwendet?
- Wird auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet?



Chrëschtlech Sozial Vollekspartei

4, rue de l'Eau
L-1449 Luxembourg

Tel.: 22 57 31-1

Fax: 47 27 16

E-Mail: csv@csv.lu

Web: www.csv.lu